

WEITERDENKEN

Christian Krell

Aufstieg ist möglich! – Ist Aufstieg möglich?

Gesellschaftliche Grundversprechen im Wandel

In der Fernsehserie „Rote Erde“ wird die Geschichte einer Bergarbeiterfamilie erzählt. Das Ruhrgebiet war im ausgehenden 19. Jahrhundert – die Erzählung beginnt 1887 – Gegenstand vieler Aufstiegshoffnungen, auch für die Hauptfigur der Serie, Bruno Kurska. Er kommt aus dem verarmten Pommern zur Zeche Siegfried in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Tatsächlich gelingt es ihm, sich hochzuarbeiten. Später hofft er, selbst Steiger zu werden und besucht die Bergschule. Zugleich sind Armut und Unsicherheit immer nur einen Schritt weit entfernt.

Im Verlauf der Serie spielen immer häufiger Vereinigungen eine Rolle, in denen die Kumpel ihre Interessen organisieren. Gewerkschaften beispielsweise, später dann die Sozialdemokratische Partei. Brunos Schwager wird schließlich Reichstagsabgeordneter der SPD.

Die erfundene Geschichte der Bergarbeiterfamilie Kurska ist in hohem Maß inspiriert von der tatsächlichen historischen Entwicklung. Die Sozialdemokratie spielte im Ruhrgebiet schon früh eine wichtige Rolle. Sie war die politische Verkörperung

der Aufstiegshoffnungen der Arbeiterinnen und Arbeiter. Sie hatte weit überdurchschnittliche Wahlergebnisse im „Revier“ und wenn später von einem sozialdemokratischen „Milieu“ gesprochen wurde, wurde das oft gleichgesetzt mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen im Ruhrgebiet. Das Leben besser und sicherer machen, Aufstieg ermöglichen – dafür schien die SPD zu stehen.

In den programmatischen Schriften der SPD finden sich deshalb schon früh eine Reihe ganz konkreter Forderungen, die für Aufstiegschancen, Sicherheit und die Überwindung der Privilegien weniger stehen. Das Erfurter Programm von 1891 steht exemplarisch für diese Positionen, z. B. mit der Forderung nach einem 8-Stunden-Tag, der Überwachung aller gewerblichen Betriebe durch das Reichsarbeitsamt, einer reichsweiten Arbeiterversicherung. Aufstieg und Sicherheit für das eigene Leben – sowohl materiell als auch in Bezug auf politische Rechte und Freiheiten, das machte die großen Schnittmengen zwischen den Menschen im Ruhrgebiet und der Sozialdemokratie aus.

Wie steht es heute, mehr als 130 Jahre später und nach Wachstum, Wandel und Neuerfindung des Reviers um die gesellschaftlichen Grundversprechen im Ruhrgebiet? Gibt es noch den Glauben, dass durch Arbeit der eigene Aufstieg möglich ist? Besteht Hoffnung auf ein Leben in Sicherheit? Wie werden die Grundvoraussetzungen für ein gutes Leben eingeschätzt? Dieser Frage ist die Friedrich-Ebert-Stiftung nachgegangen. „Policy matters“ hat im Auftrag des Landesbüros NRW der FES eine qualitative Erhebung¹ durchgeführt und dabei im Wesentlichen folgende Themenkomplexe in Gruppendiskussionen untersucht:



Prof. Dr. Christian Krell lehrt Staatsrecht und Politik an der Hochschule des Bundes (Brühl). Er ist Mitglied der Grundwertekommission der SPD und leitet den Gesprächskreis Wissenschaft und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Nordrhein-Westfalen.

¹ Vier Gruppendiskussionen in Bochum und Essen mit insgesamt 32 Teilnehmenden, die nach Alter, Geschlecht, Bildung und Beruf ausgewählt und zusammengesetzt wurden. Durchführung am 17. Dezember 2018.

- Was sind die Grundvoraussetzungen für ein gutes Leben?
- Reicht die Rente zum Leben, wenn man 40 Jahre gearbeitet hat?
- Kann ich gut leben, wenn ich fleißig bin und hart arbeite?
- Kann ich alles werden, was ich will?
- Wird es mein Kind einmal besser haben als ich?
- Lohnt sich Arbeit?

Die Ergebnisse der Erhebung liefern einen außerordentlich wertvollen Einblick in Mentalitätsstrukturen, Wahrnehmungsmuster und Erwartungen der Menschen im Ruhrgebiet.

Sicherheit. Die Voraussetzung für ein gutes Leben.

Durch alle Gespräche zieht sich wie ein roter Faden das Thema „Sicherheit“. Sicherheit wird als die Schlüsselgröße begriffen, die ein gutes Leben erst möglich macht. Der Sicherheitsbegriff ist dabei weit gefasst und bezieht sich auf materielle Fragen, wie finanzielle Sicherheit oder die Absicherung vor den großen Lebensrisiken, wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Aber auch nicht-materielle Aspekte von Sicherheit, wie Themen der inneren Sicherheit, werden angesprochen, wenngleich in deutlich geringerem Umfang.

Die Grundannahme ist dabei eindeutig: „Man muss finanziell abgesichert sein, ein vernünftiges Auskommen haben. Hat man das nicht, ist es schon vorbei.“ (männlich, 38, 2 Kinder, Trockenbauer)

Gerade um diese zentrale Bedingung eines guten Lebens ist es aber schlecht bestellt, so die Studienteilnehmenden. Zunächst erscheinen die Bedingungen in der Gegenwart problematisch. Es wird angesprochen, dass die Lohnentwicklung nicht der allgemeinen Preissteigerung entspreche und dass vor allem das Wohnen immer teurer werde und für Familien nicht mehr angemessen darstellbar wäre.

Noch größer ausgeprägt ist diese Verunsicherung über die eigenen Verhältnisse, wenn über die Zukunft nachgedacht wird. Im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit wird der rasche soziale Absturz befürchtet und die Rente scheint alles andere als sicher. Selbst bei Einschränkungen des eigenen Lebensstandards würde es kaum – so eine häufig geäußerte Sorge – zum Leben reichen. Ein wirklich sicheres Leben gäbe es nur noch für privilegierte gesellschaftliche Gruppen, wie etwa Beamte oder hoch formal Gebildete.

„Anhand meines schlechten Gehaltes kriege ich doch kaum was raus, z. B. wenn ich länger krank werde, da bekommst du nur 60% von deinem Lohn, bei Arbeitslosigkeit, in der Rente, das wirkt sich überall aus.“ (weiblich, 46, keine Kinder, Sekretärin)

Die Angst potenziert sich nochmals, wenn nicht nur über die eigene Zukunft, sondern über die Zukunft der eigenen Kinder diskutiert wird. Es werde immer schwerer für künftige Generationen, eine gut bezahlte Arbeit zu finden, eine anständige Rente zu erhalten oder eine Familiengründung zu bewerkstelligen. Dass es den Kindern einmal besser gehe, wird zwar nach wie vor als Anspruch formuliert, aber ob das tatsächlich gelingen kann, gilt als offen.

Als besondere Drohkulisse wirkt dabei die zunehmende Technisierung und Digitalisierung. Sie vernichte Arbeitsplätze, erhöhe den Druck innerhalb der bestehenden Arbeit und stelle Gewissheiten infrage. „Es wird nicht mehr genug Arbeit geben, Maschinen, die uns die Arbeit komplett abnehmen.“ „Das ist nur eine Frage der Zeit.“ (männlich, 29, keine Kinder, Betriebswirt) – so lautete eine typische Aussage für diese Annahme. Technischer Fortschritt wirkt aus dieser Perspektive nicht als etwas, was den Menschen zu Gute kommt, sondern bedrohlich und verunsichernd.

Der Wohlfahrtsstaat als „Angsttreiber“

Keine Sicherheit, nirgends. So könnte man die ersten Zwischenbefunde zu den Grundbedingungen eines guten Lebens zusammenfassen. Wie steht es um die Hoffnung, dass staatliches oder sozialstaatliches Handeln zu mehr Sicherheit führt und mehr Aufstieg ermöglichen könne? Schließlich gibt es seit den Tagen, in denen Bruno Kurska in die Zeche „Siegfried“ eingefahren ist, einen erheblichen sozialstaatlichen Fortschritt. Umfangreiche Sozialsysteme wurden entwickelt, ausgebaut und immer wieder umgebaut, um Menschen die Ängste vor den Risiken des Lebens zu nehmen und ihre Chancen auf Aufstieg und Beteiligung zu erhöhen. Auch hier sind die Befunde ernüchternd. Staatliches oder sozialstaatliches Handeln wird eher als ungerecht empfunden, mitunter wirkt der Sozialstaat nicht absichernd, sondern angsteinflößend. Einige Aussagen aus dem Gesprächen illustrieren das eindrucksvoll. „Wenn man sich im Laufe der Zeit was Eigenes geschaffen hat, Haus gebaut, Wohnung gekauft und dann unverschuldet in die Arbeitslosigkeit reinrutscht. Dass man das dann veräußern muss, bevor man Geld vom Amt bekommt, das finde ich problematisch.“ (männlich, 50, keine Kinder, kaufmännischer Angestellter)

„Wenn man Geld hat, kann man es irgendwo anlegen und es vermehrt sich von alleine. Reiche werden immer reicher. Wenn man eine Million hat, hat man ganz schnell mehr.“ (männlich, 56, Programmierer, keine Kinder)

Dieses Gefühl, dass der Wohlfahrtsstaat weniger als absichernd gegen die großen Risiken wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit und die Verwerfungen der Märkte gilt und die Gestaltung des eigenen Lebens ermöglicht, sondern auch als verunsichernd wahrgenommen wird, ist ein Phänomen, das nicht nur im

Ruhrgebiet, sondern insgesamt in der breiteren Wohlfahrtsstaatsforschung konstatiert wird. Beispielsweise haben Betzelt und Bode (2018) nachgezeichnet, dass der Sozialstaat in Folge der Reformen der vergangenen zwei Jahrzehnte und der veränderten Diskurse über den Sozialstaat vom „Angsthemmer“ zum „Angstreiber“ geworden sei. Die Abkehr von der Statussicherung, verschärfte Zumutbarkeitskriterien und nicht zuletzt die Zunahme atypischer Beschäftigung, die per se nicht auf Berechenbarkeit und Langfristigkeit angelegt ist, werden von Betzelt und Bode als wichtige Beschleuniger dieses veränderten Empfindens beschrieben. Ihre Forschungsergebnisse decken sich mit den hier durchgeführten Befragungen.

Autor des eigenen Lebens?

Zu einem der besorgniserregenden Kernbefunde gehört, dass unklar ist, wie man sich ein gutes Leben erarbeiten kann. Schien zu anderen Zeiten klar, dass sich eine solide Berufsausbildung, ein Studium oder ausdauernde Arbeit irgendwann auszahlen werden, so sei das heute völlig offen. Bildung wird nach wie vor als Schlüsselgröße begriffen, um Aufstieg und Sicherheit zu erreichen. Klar scheint den Teilnehmenden der Studie dabei, dass staatliche Angebote, wie Schulen, alleine nicht ausreichen, um Bildungserfolge und damit die Chance auf gesellschaftlichen Aufstieg zu gewährleisten. Vielmehr komme es auf ein ressourcenstarkes Elternhaus an, dass den Bildungsweg der Kinder unterstützen kann. *„Wo man aufwächst, in welchem Umfeld man aufwächst, das ist prägend. Heutzutage gehen die, die keine Förderung vom Elternhaus haben, unter.“* (männlich, 36, Germanistikstudium, beginnt Hauptreferendariat) – Die öffentlichen Schulen seien aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage, die ungleichen Startbedingungen ins Leben auszugleichen. *„Nach Intelligenz und Begabung sollte jedes Kind gefördert werden. Aber das funktioniert nicht. Die Klassen sind zu groß, der Migrationsanteil zu hoch. Förderschulen werden abgeschafft, obwohl sie dringend nötig sind.“* (weiblich, seit 6 Monaten arbeitslos, jetzt Hausfrau, 2 Kinder) – so eine der gängigen Einschätzungen. Im Umkehrschluss werden von den Teilnehmenden besser ausgestattete Schulen, eine individuelle Förderung und eine vom Elterneinkommen unabhängige Studienfinanzierung gefordert.

Zugleich wird in Frage gestellt, ob sich die in Schule, Ausbildung und Studium getätigten Anstrengungen auch übersetzen in die Möglichkeit, das eigene Leben zu steuern. Exemplarisch ein Teilnehmer über die Perspektiven für seine Kinder: *„Ich hoffe, dass sie einen gesicherten Arbeitsplatz bekommen können und nicht alles umsonst gemacht haben, die ganzen Jahre Schule, Universität. Aber ob es so passiert, weiß ich nicht.“* (weiblich, seit 6 Monaten arbeitslos, jetzt Hausfrau, 2 Kinder) – Ein wichtiges und für die soziale Marktwirtschaft konstitutives gesellschaftliches Grundversprechen – nämlich, dass sich Arbeit lohnt und anerkannt wird – ist nach Einschätzung der Menschen im Ruhrgebiet also nicht mehr gegeben. Vielleicht funktioniert der Aufstieg, vielleicht aber auch nicht.

Diese offene Frage, was eigentlich die Voraussetzungen dafür sind, selbstbestimmt und stabil durchs Leben zu gehen und ob der Einzelne überhaupt noch in der Lage ist, das zu steuern oder zu planen, verweist auf die Forschungsergebnisse des Jenaer Soziologen Hartmut Rosa (2005/2012). Eine seiner Einschätzungen ist, dass *„die Idee eines identitätsstiftenden, kohärenten und gestaltbaren individuellen Lebensprojektes ... heute ... an ihr mögliches Ende gelangt zu sein (scheint)“* (Rosa, 2012: 264). Und das, was vielleicht noch heute Aufstieg und Sicherheit gewährleistet hat, kann morgen schon nichts mehr wert sein *„Anerkennung und Status sind daher keine kumulativen Größen mehr, sondern sie stehen ständig in der Gefahr, in kurzer Zeit durch den permanenten Fluss der Ereignisse und die sich dynamisch verschiebenden sozialen Landkarten entwertet zu werden.“* (Rosa, 2012: 282).

Der Aufstieg und die Politik

Das Zwischenfazit ist eindeutig: Es steht nicht gut um die gesellschaftlichen Grundversprechen im Ruhrgebiet. Die Hoffnung, dass sich Arbeit und Anstrengung lohnen, ist gebrochen, das Grundbedürfnis nach Sicherheit ist nur unzureichend befriedigt und ob es den künftigen Generationen mal besser geht, ist ungewiss. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist dieser Befund beunruhigend. Das Aufstiegsversprechen der bundesrepublikanischen Nachkriegsjahre *„Wohlstand für alle“* hat in seiner Verheißung von gesellschaftlichem Aufstieg, der jedem mehr oder weniger gleichermaßen offensteht, ganze Generationen in die Gesellschaft integriert. Das Aufstiegsversprechen dieser Zeit scheint inzwischen abgelöst durch die *„Abstiegsgesellschaft“* (Nachtwey, 2016), in der diese gesellschaftliche Integration nicht mehr gelingt und an deren Stelle sich zuspitzende soziale Auseinandersetzungen, politischer Populismus und Abwertung von „Anderen“, wie Migranten, tritt. Mit dieser Entwicklung ist das Ruhrgebiet nicht alleine, vielmehr sind in einer ganzen Reihe anderer ehemaliger Arbeiterhochburgen im westlichen Europa ähnliche Entwicklungen zu beobachten.

Die sozialdemokratischen Parteien spüren diese Entwicklungen am deutlichsten. Sie waren die politischen Repräsentanten der Aufstiegshoffnungen, auch und besonders im Ruhrgebiet. Ihnen wurde zugetraut, dass sie eine Gesellschaft bauen, in der der Besuch der Abendschule sich lohnt und in der kein Kind zurückgelassen wird. Vom Schlepper zum Steiger und in der nächsten Generation vielleicht zum Lohnbuchhalter. Die sozialdemokratischen Parteien haben einen kollektiven Rahmen geschaffen, in dem sich die individuellen Aufstiegshoffnungen entfalten konnten. Diese Rolle wird ihnen heute kaum mehr zugeschrieben.

Für die Frage, wie politische Kräfte wieder die Aufstiegshoffnungen und das Bedürfnis nach Sicherheit aufgreifen könnten, bieten die durchgeführten Interviews erste Hinweise.

Vor allem drei Punkte wurden deutlich formuliert:

1. Fortschritt – mit Sicherheit!

In den Gesprächen kreisten viele Beiträge um den Fortschrittsbegriff. Einerseits ging es darum, dass Deutschland bei technologischen Entwicklungen wieder führend werden müsse, etwa bei der E-Mobilität, dem Klimaschutz oder dem Glasfaserausbau. Vor allem aber wird gefordert, dass der Fortschritt allen in der Gesellschaft zu Gute kommen soll und sich auch als sozialer Fortschritt zeigen soll. Beispielsweise, indem alle von den Gewinnen der Digitalisierung profitieren sollen, und nicht nur wenige, aber auch durch eine bessere Absicherung im Alter, höhere Löhne und bezahlbaren Wohnraum. Es geht aus Perspektive der Befragten also darum, Fortschritt und Sicherheit zusammenzudenken.

„Die Frage, inwieweit profitieren die Menschen davon? Verdichten die Konzerne die Arbeit mehr und mehr, aber nehmen uns gar nicht mit? Wir bleiben abgehängt und die schreiten fort? Wenn das, was damit verdient wird, nicht bei allen vernünftig landet, nützt uns dieser Fortschritt auch nichts.“
(männlich, 38, 2 Kinder, Sozialarbeiter)

„Fortschritt hat viele Gesichter, nicht nur Technik, sondern Fortschritt wäre alles, was Sicherheit für die Zukunft gibt.“ (weiblich, 39, Hausfrau, 2 Kinder)

2. Gute Bildung – für alle!

Bildung wird nach wie vor als die entscheidende Ressource verstanden, um gesellschaftlichen Aufstieg zu erreichen. Mit eigener Anstrengung an dieser Stelle kann jeder so zumindest versuchen, dass es ihm oder ihr besser geht. Aber viele der Befragten glauben, dass die öffentlichen Bildungsangebote alleine nicht ausreichen. Aus Perspektive der Menschen im Ruhrgebiet geht es um eine stärkere individuelle Förderung auch derjenigen, die diese nicht vom Elternhaus erhalten können und um eine bessere öffentliche Bildungslandschaft, die den Menschen aus allen Schichten gute Bildungsperspektiven erlaubt. Neben dem kostenlosen Zugang zu guter Bildung in Kitas, Schulen und Universitäten wurde vereinzelt auch eine elterunabhängige Studienfinanzierung gefordert.

„Wenn Kinder aus sozial schwachen Familien nicht die Dummheit ihrer Eltern geerbt haben, dass man solche Kinder rauspicken kann, um sie zu fördern, dass sie aus dem Sumpf rauskommen.“ (weiblich, 66, 2 Kinder, Bilanzbuchhalterin im Ruhestand)

3. Die Spaltung überwinden!

Gleich mehrfach ist die Gesellschaft aus Perspektive der Befragten gespalten. In diejenigen, die ehrlich arbeiten und in diejenigen, die darauf hoffen, von der Gesellschaft durchs Leben getragen zu werden. Aber auch in diejenigen, die jeden Tag als Leistungsträger hart arbeiten, aber nur wenig verdienen und in diejenigen, die leistungslos Gewinne kassieren. Die Politik hat zu diesen Entwicklungen beigetragen. Nun geht es

„Beispiel CumEx, die Milliarden, mit denen die Banken beschenkt werden. Die Leute, die wirklich jeden Tag ihre Arbeit leisten, werden wie Abschaum ... bezahlt. Du wirst besser bezahlt, wenn du Geld vernichtest, als wenn du was für die Gesellschaft tust.“ (männlich, 38, 2 Kinder, Sozialarbeiter)

darum, diese Spaltung zu überwinden. Die Gesprächspartner nennen dazu gleich eine ganze Reihe von Forderungen, etwa den Lohnabstand zu den Sozialleistungen durch einen höheren Mindestlohn zu vergrößern, die Zweiklassenmedizin im Gesundheitswesen zu überwinden und Steuerbetrug rigoroser anzugehen.

Bruno Kurska aus der Serie „Rote Erde“ gelingt ein gewisser Aufstieg. Vom Schlepper zum Hauer kann er sich hocharbeiten, später ist er für kurze Zeit sogar Betriebsführer. Viele Geschichten von sozialem Aufstieg und Sicherheit gelingen dann, wenn individuelle Anstrengung einhergeht mit Rahmenbedingungen und Strukturen, die zugleich unterstützen und absichern. Für die gesellschaftliche Integration sind diese Faktoren entscheidend. Sie können entweder zu mehr Zusammenhalt beitragen, oder wenn sie kaum vorhanden sind die gesellschaftliche Spaltung vergrößern. Die hier dargestellte Befragung zeigt deutlich, dass es an Zutrauen in die gesellschaftlichen Grundversprechen mangelt, aber auch, wie es wiederhergestellt werden kann.

Literatur:

- Betzelt, Sigrig; Bode, Ingo 2018 (Hrsg.): Angst im neuen Wohlfahrtsstaat: Kritische Blicke auf ein diffuses Phänomen.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft - Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne.
- Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt am Main.
- Rosa, Hartmut (2012): Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik, Berlin.

Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung | **Herausgeber:** Landesbüro NRW, Petra Wilke (V. i. S. d. P.), Godesberger Allee 149, 53175 Bonn | Tel.: 0228 883-7202 | Fax: 0228 883-9208 | landesbuero-nrw@fes.de | www.fes.de/landesbuero-nrw | www.facebook.com/FESNRW | twitter.com/FESNRW | ISBN: 978-3-96250-358-1 |

Gestaltung: pellens.de | **Druck:** Druckerei Brandt, Bonn |

Fotos: NRW-Fahne: Yul/fotolia.com; Skyline: Hans-Jürgen Landes; shamm, Tobias Arhelger, Henrik Dolle, photofranz56, elxeneize/fotolia.com; Beeldbewerking, AndresGarciaM/istockphoto.com; birdys/photocase.de; Lokilech, Thomas Wolf/Commons wikimedia.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind vom Autor in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

Aus Gründen der Lesbarkeit wurde zum Teil auf die geschlechtergerechte Schreibweise (Gender Gap) verzichtet.

